

Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Amberg

vom 26. Oktober 2020

- Bekannt gemacht im Amtsblatt der Stadt Amberg Nr. 24 vom 04. Dezember 2020 –

Der Stadtrat der Stadt Amberg gibt sich gemäß Beschluss vom 26.10.2020 aufgrund des Art. 45 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO) für den Freistaat Bayern folgende

G e s c h ä f t s o r d n u n g :

Vorbemerkung

Genderhinweis:

Die in dieser Satzung gewählten personenbezogenen Bezeichnungen beziehen selbstverständlich alle Vertreter*innen der entsprechenden Ämter bzw. Berufsgruppen ein (m/w/d). Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird grundsätzlich nur die männliche Form verwendet, was jedoch keinesfalls eine Diskriminierung der Geschlechter oder Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen soll.

Allgemein:

Alle in der Geschäftsordnung aufgeführten Beträge sind als Bruttobeträge aufgeführt mit Ausnahme in § 11 Buchst. a Nr. 1 d und § 14 Abs. 2 Nr. 6 (geringwertige Wirtschaftsgüter 800,00 € netto).

Inhaltsübersicht:

A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben

I. Der Stadtrat

- § 1 Zuständigkeit im Allgemeinen
- § 2 Ausschließlicher Aufgabenbereich
- § 3 Sonstige, dem Stadtrat vorbehaltene Angelegenheiten

II. Die Stadtratsmitglieder

- § 4 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder, Befugnisse
- § 5 Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien
- § 6 Rechtsstellung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder, Aufgaben

III. Die Ausschüsse

1. Allgemeines

- § 7 Bildung, Vorsitz, Auflösung
- § 8 Gemeinsame Sitzung

2. Vorberatende Ausschüsse

- § 9 Aufgabenbereich

3. Beschließende Ausschüsse

- § 10 Aufgabenbereich

4. Zuständigkeit

- § 11 Aufgabenbereich der Ausschüsse
 - a) Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss
 - b) Bauausschuss
 - c) Umweltausschuss
 - d) Personalausschuss
 - e) Verkehrsausschuss
 - f) Kulturausschuss
 - g) Schul- und Sportausschuss
 - h) Rechnungsprüfungsausschuss
 - i) Jugendhilfeausschuss
 - j) Stiftungsausschuss
 - k) Umlegungsausschuss
 - l) Konzessionierungsausschuss
 - m) Beteiligungsausschuss

§ 12 Ferienausschuss

IV. Der Oberbürgermeister

1. Aufgabenbereich

§ 13 Aufgaben als Vorsitzender des Stadtrats

§ 14 Aufgaben als Leiter der Stadtverwaltung

§ 15 Vertretung der Stadt nach außen

§ 16 Einberufung der Bürgerversammlung

2. Stellvertretung

§ 17 Aufgaben der Stellvertreter des Oberbürgermeisters

B. Der Geschäftsgang

I. Allgemeines

§ 18 Verantwortung für den Geschäftsgang

§ 19 Sitzungszwang

§ 20 Öffentliche Sitzungen

§ 21 Nichtöffentlicher Sitzung vorbehalten Gegenstände

II. Vorbereitung der Sitzungen

§ 22 Einberufung

§ 23 Tagesordnung

§ 24 Form und Frist für die Einladung

§ 25 Anträge

III. Sitzungsverlauf

§ 26 Eröffnung der Sitzung

§ 27 Eintritt in die Tagesordnung

§ 28 Beratung der Sitzungsgegenstände

§ 29 Abstimmung

§ 30 Wahlen

§ 31 Beendigung der Sitzung

IV. Sitzungsniederschrift

§ 32 Form und Inhalt

§ 33 Einsichtnahme und Abschrifterteilung

V. Geschäftsgang der Ausschüsse

§ 34 Anwendbare Bestimmungen

VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen

§ 35 Art der Bekanntmachung

C. Schlussbestimmungen

§ 36 Änderung der Geschäftsordnung

§ 37 Verteilung der Geschäftsordnung

§ 38 In-Kraft-Treten

A. DIE GEMEINDEORGANE UND IHRE AUFGABEN

I. Der Stadtrat

§ 1

Zuständigkeit im Allgemeinen

Der Stadtrat beschließt über alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht beschließenden Ausschüssen (§ 10) übertragen sind oder aufgrund Gesetz bzw. Übertragung durch den Stadtrat in die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters fallen.

§ 2

Ausschließlicher Aufgabenbereich

Angelegenheiten, die der Stadtrat nicht übertragen kann, sind insbesondere

1. Erlass der Geschäftsordnung (Art. 45 Abs. 1 GO),
2. die Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Zuteilung der Aufgaben an diese (Art. 32, 33 Abs. 1 GO),
3. die Entscheidung über die berufsmäßige oder ehrenamtliche Eigenschaft der weiteren Bürgermeister (Art. 35 Abs. 1 GO),
4. die Wahl berufsmäßiger Stadtratsmitglieder (Art. 40 Abs. 1 GO),
5. die Verteilung der Geschäfte unter die Stadtratsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),
6. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Bediensteten und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister und der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder, soweit nicht das Gesetz über kommunale Wahlbeamte oder die Bayerische Disziplinarordnung etwas anderes bestimmen (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GO),
7. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzungen und Nachtragshaushaltssatzungen der Stadt (Art. 63, 65, 68 GO) und der von der Stadt verwalteten Stiftungen

-
8. die Feststellung der Jahresrechnung (Art. 102 Abs. 2 GO) und der Jahresabschlüsse der Stadt und der von der Stadt verwalteten Stiftungen einschließlich der Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102 Abs. 3 und 4 GO),
 9. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70 GO) und das Investitionsprogramm (§ 24 KommHV-Kameralistik),
 10. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Stadt der Genehmigung bedarf (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GO), insbesondere den Erlass des Flächennutzungsplanes; ausgenommen die Aufnahme von Darlehen, deren Gesamtbetrag bereits nach Art. 71 Abs. 2 GO genehmigt ist,
 11. der Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen (Art. 32 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 GO),
 12. die Entgegennahme der Geschäftsberichte sowie des Beteiligungsberichts (Art. 94 Abs. 3 GO) der Unternehmen und Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist,
 13. die Beschlussfassung über Bestands- oder Gebietsänderungen der Stadt und die Stellungnahme zur Änderung des Namens der Stadt oder eines Stadtteils oder die Aufhebung des Namens eines Stadtteils (Art. 2 Abs. 2, Art. 11 GO),
 14. a) die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens (Art. 18a Abs. 8 Satz 1 GO),
b) der Beschluss über die Abhaltung eines Bürgerentscheids (Art. 18a Abs. 2, Abs. 10 GO),
 15. die Bestellung und Abberufung des Leiters, seines Stellvertreters und der Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes (Art. 104 Abs. 3 GO) sowie des Datenschutzbeauftragten,
 16. die Nachprüfung von Ausschussbeschlüssen auf Antrag (Art. 32 Abs. 3 GO)

§ 3

Sonstige, dem Stadtrat vorbehaltene Angelegenheiten

Der Stadtrat behält sich weiter die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten vor:

1. Verleihung und Aberkennung des Ehrenbürgerrechts,
2. die allgemeine Festsetzung von Gemeindesteuern, örtlichen Abgaben, Gebühren, Tarifen und Entgelten,
3. die Hingabe von Darlehen und die Übernahme von Bürgschaften,

-
4. Entscheidungen über Erwerb und Veräußerung von Grundstücken, soweit ein Wert von 250.000,00 Euro überschritten wird,
 5. Veräußerung von Grundstücken der Stadt einschließlich der Betriebe und Unternehmen an Mitglieder des Stadtrates und Bedienstete der Stadt sowie von Vermögensgegenständen im Sinne des Art. 75 GO je ab einem Wert von über 20.000,00 Euro,
 6. Errichtung, Änderung, wesentliche Erweiterung, Aufhebung, Übernahme sowie unmittelbare oder mittelbare Beteiligung von wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt und deren Beteiligung an anderen wirtschaftlichen Unternehmen (Art. 87 GO), soweit nicht durch Veranlassung des Stadtrats in der jeweiligen Unternehmenssatzung oder Aufsichtsratsordnung anderweitige Regelungen getroffen sind,
 7. Beschlussfassung über die Beteiligung an Zweckverbänden und ähnlichen Gemeinschaften sowie über den Abschluss von Zweckvereinbarungen,
 8. die Änderung des Zwecks oder Inhalt der von der Stadt verwalteten Stiftungen,
 9. Einstellung, Beförderung, Übertragung eines höherwertigen Dienstpostens, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Referatsleiter sowie der Beamten der vierten Qualifikationsebene und vergleichbarer Beschäftigter ab Entgeltgruppe 13 TVöD.
 10. die Beschlussfassung über die Eckdaten des Haushalts als Grundlage eines budgetierten Haushalts (Eckdatenbeschluss),
 11. Stundungen, Ratenzahlungen, soweit die Forderung im Einzelfall den Betrag von 125.000,00 Euro übersteigt,
 12. Erlass von Forderungen, soweit die Forderung im Einzelfall den Betrag von 50.000,00 Euro übersteigt,
 13. Niederschlagung von Forderungen, soweit diese im Einzelfall den Betrag von 50.000,00 Euro übersteigen,
 14. die Beschlussfassung über überplanmäßige und außerplanmäßige Ausgaben, soweit der Betrag im Einzelfall 50.000,00 Euro übersteigt (Art. 66 Abs. 1 GO),
 15. sonstige Maßnahmen, durch die im Haushaltsplan nicht vorgesehene Verbindlichkeiten der Stadt entstehen können, soweit der Betrag im Einzelfall 50.000,00 Euro übersteigt (Art. 66 Abs. 2 GO),

II. Die Stadtratsmitglieder

§ 4

Rechtsstellung der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder, Befugnisse

- (1) Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.
- (2) Für die allgemeine Rechtsstellung der Stadtratsmitglieder (Teilnahmepflicht, Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht, Geheimhaltungspflicht, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Geltendmachung von Ansprüchen Dritter, Ablehnung, Niederlegung und Verlust des Amtes) gelten die Art. 48 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 mit 3, Art. 56a, Art. 49, 50, 19, 48 Abs. 3 GO sowie Art. 47 bis Art. 49 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG).
- (3) Zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen sind Stadtratsmitglieder nur berechtigt, soweit ihnen der Oberbürgermeister im Rahmen der Geschäftsverteilung nach Anhörung der weiteren Bürgermeister einzelne seiner Befugnisse (§§ 13 bis 16) überträgt (Art. 39 Abs. 2 GO).
- (4) Stadtratsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Abs. 3 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. Vor der nächsten Sitzung erhält jedes Stadtratsmitglied nach vorheriger Terminvereinbarung das Recht zur Einsicht in die entscheidungserheblichen Unterlagen, sofern Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen. Im Übrigen haben Stadtratsmitglieder ein Recht auf Akteneinsicht, wenn sie vom Stadtrat durch Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt werden. Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem Oberbürgermeister geltend zu machen.

§ 5

Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien

- (1) Der Verschwiegenheitspflicht unterfallende schriftliche und elektronische Dokumente, insbesondere Sitzungsunterlagen, sind so aufzubewahren, dass sie dem unbefugten Zugriff Dritter entzogen sind. Im Umgang mit solchen Dokumenten beachten die Stadtratsmitglieder Geheimhaltungsinteressen und den Datenschutz. Werden diese Dokumente für die Tätigkeit als Stadtratsmitglied nicht mehr benötigt, sind sie zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. zu löschen.
- (2) Die Gemeinderatsmitglieder, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können dem Oberbürgermeister schriftlich eine elektronische Adresse mitteilen, an die Einladungen im Sinne des § 24 übersandt bzw. von der Anträge im Sinne des § 25 versandt werden.

-
- (3) Die Nutzung elektronischer Medien während der Sitzung darf nur erfolgen, soweit durch sie eine aktive Sitzungsteilnahme nicht gefährdet und der Sitzungsverlauf nicht gestört wird. Für die Fertigung von Ton- und Bildaufnahmen durch Gemeinderatsmitglieder gilt § 20 Abs. 4 entsprechend.

§ 6

Rechtsstellung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder, Aufgaben

Die berufsmäßigen Stadtratsmitglieder haben in Angelegenheiten ihres Aufgabengebiets Antragsrecht und beratende Stimme (Art. 40 Satz 2 GO). Weichen Sie beim Vortrag im Stadtrat von der Auffassung des Oberbürgermeisters ab, haben sie darauf ausdrücklich hinzuweisen.

III. Die Ausschüsse

1. Allgemeines

§ 7

Bildung, Vorsitz, Auflösung

- (1) In den Ausschüssen nach § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts sind die den Stadtrat bildenden Fraktionen und Gruppen gemäß ihren Vorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stärke vertreten. Die Verteilung der Sitze erfolgt nach dem Verfahren Hare-Niemeyer. Haben Fraktionen oder Gruppen den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los. Einzelmitglieder und kleine Gruppen, die aufgrund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in den Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen (Art. 33 Abs. 1 GO). Soweit Ausschussgemeinschaften gebildet werden, ist dies unter Angabe der Bezeichnung, des Namens der vorsitzenden Person und ihrer Stellvertretung sowie der Mitglieder dem Oberbürgermeister mitzuteilen. Dasselbe gilt für Fraktionen und Gruppen. Wird durch den Austritt oder Übertritt von Stadtratsmitgliedern das ursprüngliche Stärkeverhältnis der im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Gruppen verändert, so sind auf Antrag diese Änderungen nach Satz 2 auszugleichen.
- (2) Art, Zahl und Zusammensetzung der Ausschüsse bemisst sich nach § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts.

-
- (3) Für die Ausschussmitglieder wird grundsätzlich die doppelte Anzahl von Stellvertretern bestellt. Sofern ein Ausschussmitglied an der Teilnahme der Sitzung verhindert ist, verständigt es die Stadtverwaltung, die einen Stellvertreter in der Reihenfolge der Benennung zur Sitzung einlädt.
Ist wegen Zeitmangels die Verständigung der Stadtverwaltung nicht möglich, ist das Ausschussmitglied verpflichtet, für die Vertretung in der Sitzung selbst Sorge zu tragen.
- (4) Den Vorsitz in den Ausschüssen führt der Oberbürgermeister, einer seiner Stellvertreter oder ein vom Stadtrat bestimmtes Stadtratsmitglied (Art. 33 Abs. 2 GO). Den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss führt ein vom Stadtrat bestimmtes Ausschussmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO). Dies gilt analog für den Vorsitz im Beteiligungsausschuss.
- (5) Die Ausschüsse können sachkundige Personen als Berater zu den Sitzungen zuziehen; ein Stimmrecht ist damit nicht verbunden.
- (6) Der Stadtrat kann Ausschüsse jederzeit auflösen (Art. 32 Abs. 5 GO); das gilt nicht für Ausschüsse, die gesetzlich vorgeschrieben sind.

§ 8

Gemeinsame Sitzung

Berührt eine Angelegenheit den Aufgabenbereich mehrerer Ausschüsse, so können diese zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten.

2. Vorberatende Ausschüsse

§ 9

Aufgabenbereich

Vorberatende Ausschüsse haben die Aufgabe, die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung in der Vollversammlung des Stadtrates bzw. eines beschließenden Ausschusses vorzubereiten und einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

3. Beschließende Ausschüsse

§ 10

Aufgabenbereich

Die beschließenden Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten selbständig anstelle des Stadtrats. Soweit die Entscheidung nach den §§ 2 und 3 dem Stadtrat obliegt, sind die Ausschüsse im Rahmen ihrer sachlichen Zuständigkeit vorberatend tätig. Eine Nachprüfung durch den Stadtrat muss erfolgen, wenn der Oberbürgermeister oder sein Stellvertreter im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Stadtratsmitglieder die Nachprüfung durch den Stadtrat beantragt (Art. 32 Abs. 3 GO). Der Antrag muss schriftlich, spätestens am siebten Tag nach der Ausschusssitzung, beim Oberbürgermeister eingehen. Soweit Beschlüsse die Rechte Dritter berühren, werden sie erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.

4. Zuständigkeit

§ 11

Aufgabenbereich der Ausschüsse

Die vom Stadtrat bestellten Ausschüsse (§ 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts) haben im Einzelnen folgende Zuständigkeit:

a) Hauptverwaltungs- und Finanzausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für:

- a) Angelegenheiten der allgemeinen Verwaltung, der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaftsförderung, soweit nicht ein anderer Ausschuss zuständig ist,
- b) Angelegenheiten des Finanz- und Steuerwesens, insbesondere:
 - Stundung (Ratenzahlung) von Forderungen über 50.000,00 Euro bis einschließlich 125.000,00 Euro,
 - Erlass von Forderungen im Einzelfall von über 10.000,00 Euro bis einschließlich 50.000,00 Euro,
 - Niederschlagung von Forderungen im Einzelfall von über 10.000,00 bis einschließlich 50.000,00 Euro,

-
- Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben von über 25.000,00 Euro bis einschließlich 50.000,00 Euro im Einzelfall,
 - c) Grundstücksangelegenheiten, insbesondere Verfügung über Grundstücke und Grundstücksrechte bei einem Wert von über 50.000,00 Euro bis einschließlich 250.000,00 Euro; mit Ausnahme von Grundstücksgeschäften der Bürgerspitalstiftung,
 - d) Veräußerung von Grundstücken der Stadt einschließlich der Betriebe und Unternehmen an Mitglieder des Stadtrats und Bedienstete der Stadt sowie von Vermögensgegenständen im Sinne des Art. 75 GO mit einem Wert von jeweils über 800,00 Euro bis einschließlich 20.000,00 Euro,
 - e) die Entscheidung über die Einlegung von Rechtsbehelfen, die Einleitung oder Erledigung von Aktivprozessen mit einem Gegenstandswert ab 5.000,00 Euro,
 - f) die Vergabe von Aufträgen mit einer Vergabesumme von über 25.000,00 Euro im Einzelfall; soweit nicht ein anderer Ausschuss zuständig ist,
 - g) die Vergabe an Planungs-, Ingenieur-, Architekturbüros oder Künstler, ohne Rücksicht auf die Höhe der Auftragssumme, soweit nicht ein anderer Ausschuss oder der Oberbürgermeister (§ 14 Abs. 2 Ziffer 7) zuständig ist,
 - h) Angelegenheiten der Sozialhilfe von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung.
2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für die Festsetzung von Gebühren und, soweit nicht ein anderer Ausschuss zuständig ist, für grundsätzliche Angelegenheiten der kostenrechnenden Einrichtungen.

b) Bauausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für:
- a) das vereinfachte Änderungsverfahren im Bereich der Bebauungspläne nach § 13 BauGB mit Ausnahme des Satzungsbeschlusses,
 - b) alle Angelegenheiten der Bauaufsichtsbehörde und unteren Denkmalschutzbehörde, soweit sie Bauvorhaben mit grundsätzlicher Bedeutung berühren oder größere Bauvorhaben betreffen, die öffentlich-rechtlich oder nachbarrechtlich bedeutsam sind,
 - c) Vergabe von Erstaufträgen in den Bereichen Stadtentwicklung und Bauwesen mit einer Vergabesumme von über 25.000,00 Euro im Einzelfall,
 - d) Vergabe von Nachträgen in den Bereichen Stadtentwicklung und Bauwesen - wenn der einzelne Nachtrag die ursprüngliche Auftragssumme im Einzelfall um 20 % übersteigt oder mehr als 15.000,00 Euro beträgt - wenn alle Nachträge eines Auftrags die ursprüngliche Auftragssumme um 20 % oder den Betrag von 15.000,00 Euro übersteigen,
 - e) Vergabe an Planungs-, Ingenieur-, Architekturbüros oder Künstler, in den Bereichen Stadtentwicklung und Bauwesen ohne Rücksicht auf die Höhe der Auftragssumme soweit nicht der Oberbürgermeister (§ 14 Abs. 2 Ziffer 7) zuständig ist,
 - f) die Bildung von Erschließungseinheiten nach § 130 BauGB und Einrichtungseinheiten nach Art. 5 Abs. 1 KAG.

2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für:

- a) Grundsatzfragen der Bauaufsicht, Fragen von städtebaulichen Sanierungen, Flächennutzungsplanung sowie Bebauungsplanverfahren mit Ausnahme der Verfahren nach § 13 BauGB,
- b) Angelegenheiten der Raumordnung und Landesplanung, Stadtentwicklung, Landschafts- und Grünordnungsplanung, denen besondere städtebauliche Bedeutung zukommt oder die erhebliche Verpflichtungen für die Stadt erwarten lassen,
- c) grundsätzliche Angelegenheiten der kostenrechnenden Einrichtungen städtische Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung,
- d) Grundsatzfragen der Verkehrsentwicklungsplanung und Verkehrsplanung.

c) Umweltausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für:

- a) Vorhaben der Stadt auf dem Gebiet des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallwirtschaft, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Immissions- und Bodenschutzes, für die kraft Gesetzes ein förmliches Verwaltungsverfahren angeordnet ist,
- b) Vergabe von Aufträgen im Bereich des Umweltschutzes mit einer Vergabesumme von über 25.000,00 Euro im Einzelfall,
- c) Vergabe an Planungs-, Ingenieur-, Architekturbüros oder Künstler im Bereich des Umweltschutzes im Sinne des Buchst. a) ohne Rücksicht auf die Höhe der Auftragssumme soweit nicht der Oberbürgermeister (§ 14 Abs. 2 Ziffer 7) zuständig ist.

2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für:

- a) Grundsatzfragen des Umweltschutzes,
- b) für den Erlass von Satzungen und Verordnungen einschließlich dazugehöriger Abgabensatzungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

d) Personalausschuss

Einstellung, Beförderung, Übertragung eines höherwertigen Dienstpostens, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten der dritten Qualifikationsebene einschließlich vergleichbarer Beschäftigter ab Entgeltgruppe 9b TVöD sowie sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Bedeutung, insbesondere über Schadensersatzansprüche gegen städtische Bedienstete.

e) Verkehrsausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für Verkehrsregelungen von erheblicher Bedeutung.
2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für:
 - a) die Mitwirkung bei Grundsatzfragen der Verkehrsentwicklungsplanung und Verkehrsplanung,
 - b) den Erlass von Verordnungen und Satzungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens einschließlich der dazugehörigen Abgabensatzungen.

f) Kulturausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für:
 - a) kulturelle Angelegenheiten, insbesondere für Theater und Konzerte,
 - b) Vergabe von Aufträgen im Bereich des Kulturwesens mit einer Vergabesumme von über 25.000,00 Euro im Einzelfall,
 - c) Vergabe an Planungs-, Ingenieur-, Architekturbüros oder Künstler im Bereich des Kulturwesens ohne Rücksicht auf die Höhe der Auftragssumme soweit nicht der Oberbürgermeister (§ 14 Abs. 2 Ziffer 7) zuständig ist.
2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für Gebühren- bzw. Tariffestsetzungen der kulturellen Einrichtungen.

g) Schul- und Sportausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für:
 - a) Vergabe von Aufträgen im Bereich des Schul- und Sportwesens mit einer Vergabesumme von über 25.000,00 Euro im Einzelfall. Hierzu zählen nicht Bauvergaben für Schulbaumaßnahmen, da hier der Bauausschuss zuständig ist,
 - b) Vergabe an Planungs-, Ingenieur-, Architekturbüros oder Künstler, im Bereich des Schul- und Sportwesens ohne Rücksicht auf die Höhe der Auftragssumme soweit nicht der Oberbürgermeister (§ 14 Abs. 2 Ziffer 7) zuständig ist.
2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für Schulangelegenheiten und Schulentwicklungsplanung sowie Sportangelegenheiten.

h) Rechnungsprüfungsausschuss

Vorberatung und einzelne Prüfungen zur Feststellung der Jahresrechnungen und zur Anerkennung der Jahresrechnungen nach erfolgter überörtlicher Prüfung (Art. 103 bis 107 GO); Einsichtnahme in die Prüfungsberichte und deren Auswertung. Das Rechnungsprüfungsamt ist umfassend als Sachverständiger einzubeziehen (Art. 103 Abs. 3 Satz 2 GO). Besondere Aufträge zur Prüfung können dem Rechnungsprüfungsamt nur vom Oberbürgermeister oder vom Stadtrat erteilt werden (Art. 104 Abs. 2 GO).

i) Jugendhilfeausschuss

Beschließend für Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere Aufstellung von Richtlinien für deren Erfüllung, Verteilung der im Haushaltsplan zur Förderung von Einrichtungen, Organisationen und Maßnahmen der Jugendhilfe bereitgestellten Mittel.

j) Stiftungsausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für:
 - a) alle grundsätzlichen Angelegenheiten der Bürgerspitalstiftung im Zusammenhang mit dem Betrieb der Einrichtungen,
 - b) alle grundsätzlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Restrukturierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen bei der Bürgerspitalstiftung,
 - c) die Wahrnehmung der Aufgaben des Gesellschafters der gemeinnützigen Bürgerspital-GmbH, soweit die Entscheidung nicht dem Stadtrat oder dem Beteiligungsausschuss bzw. aufgrund der Gemeindeordnung oder aufgrund dieser Geschäftsordnung dem Oberbürgermeister obliegt,
 - d) Vergabe von Aufträgen im Bereich der Bürgerspitalstiftung Amberg mit einer Vergabesumme von über 25.000,00 Euro im Einzelfall,
 - e) Vergabe an Planungs-, Ingenieur-, Architekturbüros oder Künstler, im Bereich der Bürgerspitalstiftung Amberg ohne Rücksicht auf die Höhe der Auftragssumme soweit nicht der Oberbürgermeister (§ 14 Abs. 2 Ziffer 7) zuständig ist,
 - f) Grundstücksangelegenheiten, insbesondere Verfügung über Grundstücke und Grundstücksrechte bei einem Wert von über 50.000,00 Euro bis einschließlich 250.000,00 Euro.

2. Als vorberatender Ausschuss zuständig für Angelegenheiten der Bürgerspitalstiftung Amberg, die nicht unter Nr. 1 fallen.

k) Umlegungsausschuss

nach § 46 BauGB.

l) Konzessionierungsausschuss

Als beschließender Ausschuss zuständig für:
Durchführung der Konzessionsvergaben für Strom und Gas.

m) Beteiligungsausschuss

1. Als beschließender Ausschuss zuständig für alle Angelegenheiten, die städtische Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen in privater oder öffentlich-rechtlicher Rechtsform betreffen, wie grundlegende gesellschaftsübergreifende Angelegenheiten und herausgehobene Einzelfragen der Beteiligungssteuerung, soweit es sich nicht um reine Fachfragen und Fachplanungen handelt bzw. soweit sich nicht aus dem Gesetz oder der Unternehmenssatzung die Zuständigkeit des Aufsichts- oder Verwaltungsrats ergibt.

Insbesondere ist er zuständig für Beschlüsse zur Ermächtigung der Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung der Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen in privater Rechtsform (Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Aufsichtsrates, Entlastung der Geschäftsführung, Verwendung des Jahresergebnisses u. a.).

Der Ausschuss ist auch zuständig für Weisungen, soweit sich aus dem Gesetz oder nach der Unternehmenssatzung ein Weisungsrecht für die Aufsichtsgremien (Aufsichts- bzw. Verwaltungsrat) ergibt.

2. Für die gemeinnützige Bürgerspitalstiftung GmbH als beschließender Ausschuss ausschließlich zuständig für Beschlüsse zur Ermächtigung der Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung hinsichtlich der Entlastung des Aufsichtsrates.

§ 12

Ferienausschuss

1. Die Ferienzeit des Stadtrates beträgt 6 Wochen (Art. 32 Abs. 4 Satz 1 GO); sie beginnt jeweils mit dem ersten Ferientag der allgemeinen Sommerschulferien.
2. Für die Bildung des Ferienausschusses ist § 7 der Geschäftsordnung entsprechend anzuwenden.

3. Der Ferienausschuss erledigt während der Ferienzeit alle Angelegenheiten, für die sonst der Stadtrat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist. Aufgaben, die der Beschlussfassung des Stadtrates vorbehalten sind (vgl. §§ 2 und 3), soll der Ferienausschuss nur erledigen, wenn sie nicht ohne Nachteil für die Beteiligten, für die Stadt oder die Allgemeinheit bis zum Ende der Ferienzeit aufgeschoben werden können. Der Ferienausschuss ist nicht zuständig für Angelegenheiten, die kraft Gesetzes von besonderen Ausschüssen wahrgenommen werden müssen (Art. 32 Abs. 4 Satz 3 GO).
4. Die Bestimmungen über die Nachprüfung von Beschlüssen beschließender Ausschüsse sowie deren Rechtswirksamkeit finden keine Anwendung (Art. 32 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 3 GO).

IV. Der Oberbürgermeister

1. Aufgabenbereich

§ 13

Aufgaben als Vorsitzender des Stadtrats

- (1) Als Vorsitzender des Stadtrats (Art. 36 GO) und der Ausschüsse (Art. 33 Abs. 2 GO) bereitet der Oberbürgermeister die Beratungsgegenstände vor, beruft die Sitzungen ein (Art. 46 Abs. 2 GO), leitet Beratung und Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).
- (2) Der Oberbürgermeister vollzieht die Beschlüsse des Stadtrats und der Ausschüsse (Art. 36 GO). Über etwaige Hinderungsgründe unterrichtet er den Stadtrat in der nächsten Sitzung, erforderlichenfalls unter Einberufung einer außerordentlichen Sitzung. Hält er Beschlüsse des Stadtrats oder eines beschließenden Ausschusses für rechtswidrig, so weist er den Stadtrat oder den Ausschuss auf seine Bedenken hin und setzt den Vollzug des Beschlusses vorläufig aus. Wird die Entscheidung aufrechterhalten, so muss der Oberbürgermeister der Rechtsaufsichtsbehörde unter Aktenvorlage berichten (Art. 59 Abs. 2 GO).
- (3) Die Befugnisse des Oberbürgermeisters, anstelle des Stadtrats oder eines beschließenden Ausschusses, dringliche Anordnungen zu treffen und unaufschiebbare Geschäfte zu besorgen (Art. 37 Abs. 3 GO), erstreckt sich nur auf Maßnahmen, die nicht ohne Nachteil für die Stadt, für die Allgemeinheit oder für die Beteiligten aufgeschoben werden können, bis der Stadtrat oder der zuständige Ausschuss zur Beschlussfassung zusammentritt. Der Stadtrat oder der beschließende Ausschuss ist in seiner nächsten Sitzung von der Entscheidung zu unterrichten.

§ 14

Aufgaben als Leiter der Stadtverwaltung

- (1) Der Oberbürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit (Art. 37 Abs. 1 GO):
1. die laufenden Angelegenheiten, die für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen,
 2. die der Stadt durch ein Bundesgesetz oder aufgrund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Stadtrat oder ein Ausschuss zuständig ist,
 3. die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind,
 4. Einstellung, Beförderung, Übertragung eines höherwertigen Dienstpostens, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung der Beamten der ersten und zweiten Qualifikationsebene, der Beschäftigten der Entgeltgruppen 1 bis 9a TVöD, Auszubildende und Praktikanten; Einstellung von tariflich beschäftigten Lehrkräften der städtischen Wirtschaftsschule - die im Vertretungs- oder Aushilfsfall beschäftigt werden - unabhängig von Entgeltgruppe, Befristungsdauer und –grund; befristete Stundenänderungen bei Lehrern; die Anerkennung von Dienstunfällen bei Beamten, die Entscheidung nach den Sachschadensrichtlinien sowie die Genehmigung von Nebentätigkeiten und Ausnahmen von der Abführungspflicht; die Anrechnung von Zeiten für die spätere Versorgung im Vollzug des Beamtenversorgungsgesetzes sowie die Entscheidung über Beurlaubungen und Teilzeitbeschäftigungen (z. B. familienpolitische Beurlaubung, Elternzeit, Altersteilzeit),
 5. die Aufnahme von Darlehen, deren Gesamtbetrag bereits nach Art. 71 GO genehmigt ist (§ 2 Nr. 10).
- (2) Für die laufenden Angelegenheiten, die nicht unter Abs. 1 Nr. 2 und 3 fallen, gelten folgende Richtlinien:

Laufende Angelegenheiten sind die alltäglichen Verwaltungsgeschäfte der Stadt, die keine grundsätzliche Bedeutung haben und für den Vollzug des Haushalts keine erhebliche Rolle spielen. Hierzu gehören insbesondere die Unterhaltung, der Betrieb und die Benutzung des Eigentums und der öffentlichen Einrichtungen der Stadt, soweit es sich um Geschäfte des täglichen Verkehrs handelt und soweit in Satzungen, sonstigen Rechtsvorschriften oder in Benutzungsordnungen feste Tarife enthalten sind; die Beschaffung des laufenden Geschäftsbedarfs, ferner

1. Stundung (Ratenzahlung) von Forderungen bis einschließlich 50.000,00 Euro im Einzelfall,
2. Erlass und Niederschlagung von Forderungen bis einschließlich 10.000,00 Euro im Einzelfall,
3. Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben bis einschließlich 25.000,00 Euro im Einzelfall sowie Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die durch Organisationsänderungen bedingt sind, die von Dritten innerhalb eines Jahres im vollen Umfang ersetzt werden oder die lediglich zu internen Verrechnungen führen,
4.
 - a) Grundstücksgeschäfte, soweit ein Wert von einschließlich 50.000,00 Euro nicht überschritten wird; ausgenommen die Regelung für Veräußerung von Grundstücken an Mitglieder des Stadtrats und Bedienstete der Stadt (siehe § 11 Buchst. a Nr. 1d),
 - b) Entnahme von Grundstücken aus dem Fiskalvermögen und Einbuchung in das Ökokonto mit Zuordnung zu ausgleichspflichtigen Maßnahmen einschließlich der Meldung an das Bayer. Landesamt für Umweltschutz zur Erfassung im Ökoflächenkataster,
 - c) Grundstücksgeschäfte bis einschließlich 100.000,00 Euro im Vollzug bestehender vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen,
5. Veräußerung von Vermögensgegenständen im Sinne des Art. 75 GO bis einschließlich 800,00 Euro im Einzelfall an Mitglieder des Stadtrats und Bedienstete der Stadt,
6. Vergabe von Erstaufträgen mit einer Vergabesumme bis einschließlich 25.000,00 Euro im Einzelfall und von Nachträgen im Bereich Stadtentwicklung und Bauwesen, - wenn der einzelne Nachtrag den Erstauftrag um nicht mehr als 20 % oder den Wert von 15.000,00 Euro überschreitet, - soweit alle Nachträge eines Auftrages den Erstauftrag nicht um mehr als 20 % oder 15.000,00 Euro überschreiten,
7. Vergabe von Aufträgen für Gutachten, Analysen und Grundlagenermittlungen, wenn die Auftragssumme 5.000,00 Euro im Einzelfall nicht überschreitet und Folgeaufträge nicht zu erwarten sind.

(3) Dem Oberbürgermeister werden insbesondere folgende Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen (Art. 37 Abs. 2 GO):

- a) Einwohner- und Ausländerwesen,
- b) Arbeitsschutz, Wirtschaft und Gewerbewesen,
- c) öffentliche Sicherheit, Verbraucherschutz, Gesundheits- und Veterinärwesen,
- d) Führerschein-, Zulassungs- und Fahrschulwesen,
- e) Gewässerschutz und Wasserrecht,
- f) Durchführung von Enteignungs-, Entschädigungs- und Umlegungsverfahren,

Die Übertragung gilt nicht für den Erlass von Satzungen und für Angelegenheiten, die nach Art. 32 Abs. 2 Satz 2 GO nicht auf beschließende Ausschüsse übertragen werden können.

(4) Dem Oberbürgermeister stehen für seine Geschäfte die Bediensteten zur Seite. Er weist ihnen ihr Arbeitsgebiet zu. Er kann ihnen dabei auch das Zeichnungsrecht übertragen. Nach Möglichkeit ist auf eine Übereinstimmung zwischen Geschäftsverteilung und Regelung des Zeichnungsrechts zu achten.

Der Oberbürgermeister führt die Dienstaufsicht über die Beamten und Beschäftigten der Stadt und übt die Befugnisse des Dienstvorgesetzten gegenüber den Beamten aus (Art. 37 Abs. 4, 43 Abs. 3 GO). Der Oberbürgermeister setzt städtische Bedienstete innerhalb der Stadtverwaltung im Rahmen des Stellenplanes um und weist ihnen ein anderes Aufgabengebiet zu.

(5) Der Oberbürgermeister hat die weiteren Bürgermeister schriftlich besonders zu verpflichten, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. In gleicher Weise hat der Oberbürgermeister Stadtratsmitglieder und Bedienstete zu verpflichten, bevor sie mit solchen Angelegenheiten befasst werden.

§ 15

Vertretung der Stadt nach außen

(1) Die Befugnisse des Oberbürgermeisters zur Vertretung der Stadt nach außen (Art. 38 Abs. 1 GO) beschränken sich auf den Vollzug der einschlägigen Beschlüsse des Stadtrats und der beschließenden Ausschüsse, soweit der Oberbürgermeister nicht gemäß §§ 13 Abs. 3, 14 Abs. 1 und 3 dieser Geschäftsordnung zum selbständigen Handeln befugt ist.

(2) Der Oberbürgermeister kann im Rahmen seiner Vertretungsbefugnis anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Stadt erteilen.

§ 16

Einberufung der Bürgerversammlung

- (1) Der Oberbürgermeister beruft mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Stadtrats auch öfter, eine Bürgerversammlung ein (Art. 18 Abs. 1 GO). Den Vorsitz in der Versammlung führt der Oberbürgermeister oder ein von ihm bestellter Vertreter.
- (2) Eine Bürgerversammlung ist ferner innerhalb von 3 Monaten einzuberufen, wenn das von mindestens 2,5 v. H. der Bürger unter Angabe der Tagesordnung schriftlich beantragt wird (Art. 18 Abs. 2 GO).

2. Stellvertretung

§ 17

Aufgaben der Stellvertreter des Oberbürgermeisters

- (1) Die weiteren Bürgermeister vertreten den Oberbürgermeister im Fall seiner Verhinderung in ihrer Reihenfolge (Art. 39 Abs. 1 GO).
- (2) Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung des Oberbürgermeisters sowie der weiteren Bürgermeister vertreten den Oberbürgermeister die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden in der Reihenfolge der Fraktionsstärke. Bei gleicher Fraktionsstärke entscheidet über die Reihenfolge die Anzahl der bei der Kommunalwahl erhaltenen Wählerstimmen. Sind auch die Fraktionsvorsitzenden verhindert, übernehmen die jeweiligen Stellvertreter die Vertretung.
- (3) Der Stellvertreter übt, soweit er tätig wird, die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des Oberbürgermeisters aus (§§ 13 bis 16; Art. 6 Satz 1, 37, 38 GO).

B. DER GESCHÄFTSGANG

I. Allgemeines

§ 18

Verantwortung für den Geschäftsgang

Stadtrat und Oberbürgermeister sorgen für den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte, insbesondere für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis und für die Durchführung der gesetzmäßigen Anordnungen und Weisungen der Staatsbehörden. Sie schaffen die dazu erforderlichen Einrichtungen (Art. 56 Abs. 2, 59 Abs. 1 GO).

§ 19

Sitzungszwang

- (1) Der Stadtrat beschließt in Sitzungen (Art. 47 Abs. 1 GO). Eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im sogenannten Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.
- (2) Der Stadtrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).
- (3) Wird der Stadtrat wegen Beschlussunfähigkeit in einer früheren Sitzung infolge einer nicht ausreichenden Zahl anwesender Mitglieder zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

§ 20

Öffentliche Sitzungen

- (1) Zu den öffentlichen Sitzungen des Stadtrats (Art. 52 Abs. 2 GO) hat jedermann nach Maßgabe des für Zuhörer verfügbaren Raumes Zutritt. Soweit erforderlich, wird die Zulassung durch die Ausgabe von Platzkarten geregelt.

- (2) Für die örtlichen Medien ist stets die erforderliche Zahl von Plätzen freizuhalten.
- (3) Beifalls- und Missfallensbekundungen durch Zuhörer sind nicht zugelassen. Zuhörer, die den Verlauf der Sitzung oder die Ordnung stören, können durch den Vorsitzenden aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 53 Abs. 1 GO).
- (4) Ton- und Bildaufnahmen jeder Art bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden und des Stadtrats; sie sind auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds hinsichtlich seiner Person zu unterlassen. Ton- und Bildaufnahmen von Stadtbediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.
Eine Ausnahme gilt für das im dienstlichen Interesse für die Protokollführung benutzte Tonaufzeichnungsgerät (§ 32 Abs. 4).

§ 21

Nichtöffentlicher Sitzung vorbehalten Gegenstände

- (1) In nichtöffentlicher Sitzung (Art. 52 Abs. 2 GO) werden behandelt:
 1. Personalangelegenheiten,
 2. Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten,
 3. Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis unterliegen,
 4. Rechnungsprüfungsangelegenheiten,
 5. die Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Rechtsaufsichtsbehörde verfügt ist,
 6. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben, nach der Natur der Sache erforderlich oder durch den Stadtrat beschlossen ist, insbesondere Steuer- und Wirtschaftsangelegenheiten Einzelner, Vergabe von Bauaufträgen und Leistungen.
- (2) Stadtratsmitglieder können in den Sitzungen eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, anwesend sein, auch wenn sie nichtöffentlich sind. Ein Mitspracherecht steht ihnen nicht zu.
- (3) Die Stadtratsmitglieder haben über die ihnen bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren (Art. 20 Abs. 2 GO). Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Stadtratsmitglieder ist geheim zu halten. Sparkassenangelegenheiten sind auch gegenüber Stadtratsmitgliedern, die nicht Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse sind, geheim zu halten.

- (4) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO).

II. Vorbereitung der Sitzungen

§ 22

Einberufung

- (1) Stadtratssitzungen sind durch den Oberbürgermeister einzuberufen, wenn die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Viertel der Stadtratsmitglieder es schriftlich beantragt (Art 46 Abs. 2 Satz 2 und 3 GO). Nach Beginn der Wahlzeit und im Fall des Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO beruft er die Stadtratssitzung so rechtzeitig ein, dass die Sitzung spätestens am 14. Tag nach Beginn der Wahlzeit oder nach Eingang des Verlangens bei ihm stattfinden kann (Art. 46 Abs. 2 Satz 4 GO).
- (2) Die Sitzungen finden in der Regel im Großen Rathaussaal statt; sie beginnen regelmäßig um 17.00 Uhr, soweit nicht im Einzelfall in der Einladung (§ 24) etwas anderes bestimmt wird.
- (3) Einigen sich die Stadtratsmitglieder nicht über die Sitzordnung, so wird sie vom Oberbürgermeister bestimmt.

§ 23

Tagesordnung

- (1) Der Oberbürgermeister setzt die Tagesordnung fest. Sie ist für öffentliche Sitzungen jeweils unter Angabe von Ort und Zeit der Sitzung, spätestens drei Tage vor der Sitzung, durch Anschlag an den Amtstafeln bekannt zu geben (Art. 52 Abs. 1 GO).
- (2) Die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen wird nicht bekannt gegeben.
- (3) Den örtlichen Medien soll die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung rechtzeitig mitgeteilt werden.

§ 24

Form und Frist für die Einladung

- (1) Die Stadtratsmitglieder werden elektronisch auf die Einladung mit Tagesordnung zu den Sitzungen hingewiesen.
- (2) Die Einladung gilt als zugestellt, wenn der Hinweis hierauf im elektronischen Briefkasten des Empfängers eingegangen ist.
- (3) Die Tagesordnung sowie alle weiteren Unterlagen werden in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) zu Verfügung gestellt, soweit das Stadtratsmitglied sein Einverständnis hierzu erklärt hat. Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des dritten Tages vor der Sitzung ergänzt werden.
- (4) Die Einladung soll so rechtzeitig zugeleitet werden, dass die Stadtratsmitglieder mindestens am siebten Tag vor der Sitzung in ihrem Besitz sind.
Die Zustellung der Einladung soll spätestens am siebten Tag vor der Sitzung erfolgen.

§ 25

Anträge

- (1) Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich oder elektronisch zu stellen und ausreichend zu begründen. Bei elektronischer Übermittlung sind Geheimhaltungsinteressen und der Datenschutz zu beachten; schutzwürdige Daten sind ausschließlich über das Amberg.de-Postfach zu übermitteln. Anträge sollen spätestens bis zum 14. Tag vor der Sitzung beim Oberbürgermeister eingereicht werden.
Ist die Behandlung eines Antrages in der nächsten Sitzung nicht möglich, so ist der Antrag innerhalb von 3 Monaten durch den Stadtrat bzw. den zuständigen beschließenden Ausschuss zu behandeln.
Soweit ein Antrag Ausgaben verursacht, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, muss er gleichzeitig einen Deckungsvorschlag enthalten (Art. 66 Abs. 1 GO). Anträge, die diesem Erfordernis nicht entsprechen, können nicht behandelt werden.
- (2) Der Stadtrat entscheidet darüber, ob später eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung als dringend gestellte Anträge zur Beratung und Abstimmung gebracht oder zurückgestellt werden sollen.

- (3) Unmittelbar vor oder im Verlauf der Sitzungen gestellte Anträge, die eine Ermittlung und Prüfung des Sachverhalts oder die Beiziehung abwesender Sachbearbeiter oder von Akten erfordern, werden bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.
- (4) Während der Sitzung gestellte Anträge zur Geschäftsordnung oder einfache Sachanträge, wie
z. B. Änderungsanträge, Zurückziehung eines Antrags, Nichtbefassungsanträge u. ä., bedürfen nicht der Schriftform.
- (5) Anfragen über solche Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, werden nach Erledigung der Tagesordnungspunkte des jeweiligen Sitzungsteils beantwortet, wenn sie fünf Werktage vor dem Sitzungstermin schriftlich beim Oberbürgermeister mit der Bitte um Behandlung eingegangen sind.

III. Sitzungsverlauf

§ 26

Eröffnung der Sitzung

- (1) Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsmäßige Ladung der Stadratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrats fest und erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung.
- (2) Anschließend wird die Niederschrift über die vorangegangene Sitzung bei den Stadratsmitgliedern in Umlauf gesetzt; sofern bis zum Schluss der Sitzung Widersprüche nicht erhoben werden, gilt die Niederschrift als vom Stadtrat genehmigt.

§ 27

Eintritt in die Tagesordnung

- (1) Die einzelnen Punkte der Tagesordnung werden in der dort festgelegten Reihenfolge behandelt. Über Sitzungsgegenstände, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, wird nach den Sitzungsgegenständen der öffentlichen Sitzung beraten und abgestimmt. Über Abweichungen beschließt der Stadtrat.

-
- (2) Der Vorsitzende oder eine von ihm mit der Berichterstattung beauftragte Person trägt den Sachverhalt der einzelnen Tagesordnungspunkte vor und erläutert ihn. Anstelle des mündlichen Vortrags kann auf schriftliche Vorlagen verwiesen werden.
 - (3) Zu Tagesordnungspunkten, die in einem Ausschuss behandelt worden sind, ist der Beschluss des Ausschusses bekannt zu geben.
 - (4) Soweit erforderlich, können auf Anordnung des Vorsitzenden oder auf Beschluss des Stadtrats Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden. Entsprechendes gilt für sonstige sachkundige Personen.

§ 28

Beratung der Sitzungsgegenstände

- (1) Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der Sachverständigen, eröffnet der Vorsitzende die Beratung.
- (2) Stadtratsmitglieder, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Abs. 1 GO) ausgeschlossen zu sein, haben dies dem Vorsitzenden vor Beginn der Beratung unaufgefordert mitzuteilen. Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. Das wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossene Mitglied hat während der Beratung und Abstimmung seinen Platz am Beratungstisch zu verlassen; es kann bei öffentlicher Sitzung im Zuhörerraum Platz nehmen, bei nichtöffentlicher Sitzung verlässt es den Raum.
- (3) Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen vom Vorsitzenden erteilt wird. Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. Bei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen. Zuhörern kann das Wort nicht erteilt werden.
- (4) Die Redner sprechen von ihrem Platz aus; die Anrede ist an den Stadtrat, nicht an die Zuhörer zu richten. Die Redebeiträge müssen sich auf den jeweiligen Tagesordnungspunkt beziehen.

-
- (5) Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig:
- a) Anträge zur Geschäftsordnung,
 - b) Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrages. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen; eine Beratung zur Sache selbst findet insoweit nicht statt.
- (6) Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird die Beratung vom Vorsitzenden geschlossen.
- (7) Redner, die gegen die Ordnung verstoßen, werden vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen und auf den Verstoß aufmerksam gemacht. Bei weiteren Verstößen kann ihnen der Vorsitzende das Wort entziehen.
- (8) Stadratsmitglieder, die die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, kann der Vorsitzende mit Zustimmung des Stadtrats von der Sitzung ausschließen. Über den Ausschluss von weiteren Sitzungen entscheidet der Stadtrat (Art. 53 Abs. 2 GO).
- (9) Falls die Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal nicht anders wiederherzustellen ist, kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder aufheben. Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Einladung hierzu bedarf es nicht. Die Beratung ist an dem Punkt fortzusetzen, an dem die Sitzung unterbrochen wurde. Der Vorsitzende gibt Zeit und Ort der Fortsetzung bekannt.

§ 29

Abstimmung

- (1) Nach Schluss der Beratung oder nach Annahme eines Antrags auf "Schluss der Beratung" schließt der Vorsitzende die Beratung und lässt über den Beratungsgegenstand abstimmen. Er vergewissert sich zuvor, ob die Beschlussfähigkeit (§ 19 Abs. 2 und 3) gegeben ist.
- (2) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:
1. Anträge zur Geschäftsordnung,
 2. Beschlüsse von Ausschüssen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Beratungsgegenstand abzustimmen,

-
3. weitergehende Anträge; als weitergehend sind nur solche Anträge anzusehen, die einen größeren Aufwand erfordern oder einschneidendere Maßnahmen zum Gegenstand haben,
 4. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter Nr. 1 bis 3 fällt.

Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. Über einzelne Teile eines Antrages wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der Vorsitzende eine Teilung vornimmt.

- (3) Vor jeder Abstimmung hat der Vorsitzende die Frage, über die abgestimmt werden soll, so zu formulieren, dass sie mit "ja" oder "nein" beantwortet werden kann.
- (4) Grundsätzlich wird durch Handaufheben abgestimmt, wenn nicht die Mehrheit der Stadtratsmitglieder namentliche Abstimmung verlangt. Erhebt sich auf Befragen des Vorsitzenden kein Widerspruch gegen den Antrag, gilt dieser als angenommen.
- (5) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO). Kein Mitglied des Stadtrates darf sich der Stimme enthalten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).
- (6) Die Stimmen sind, soweit erforderlich, durch den Vorsitzenden zu zählen. Das Abstimmungsergebnis - auch einstimmig - ist unmittelbar nach der Abstimmung bekannt zu geben; dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.
- (7) Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht erneut aufgenommen werden.

§ 30

Wahlen

- (1) Für Wahlen im Stadtrat gilt Art. 51 Abs. 3 GO, soweit in anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist.
- (2) Wahlen werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vorgenommen. Ungültig sind insbesondere Nein-Stimmen, leere Stimmzettel und solche Stimmzettel, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig ersehen lassen oder aufgrund von Kennzeichen oder ähnlichem das Wahlgeheimnis verletzen können.

- (3) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keiner der Bewerber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen statt. Haben im ersten Wahlgang mehr als zwei Bewerber die gleiche höchste Stimmenzahl, wird die Wahl wiederholt. Haben mehrere Bewerber die gleiche zweithöchste Stimmenzahl, entscheidet das Los darüber, wer von ihnen in die Stichwahl kommt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet gleichfalls das Los.

§ 31

Beendigung der Sitzung

- (1) Wird eine Sitzung aufgrund eines Beschlusses des Stadtrates vor der Erledigung aller zu behandelnden Tagesordnungspunkte beendet, so werden die noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte innerhalb einer Woche nach Beendigung der Sitzung des Gremiums durch eine erneute Sitzung nachgeholt. Einer besonderen Begründung bei der Einladung bedarf es hierbei nicht. Der Stadtrat kann die Wochenfrist verlängern.
- (2) Nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

IV. Sitzungsniederschrift

§ 32

Form und Inhalt

- (1) Die Niederschrift über die Verhandlungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse richtet sich nach Art. 54 Abs. 1 und 2 GO. Die Niederschriften werden getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt. Die Niederschriften werden jahrgangsweise gebunden.
- (2) Ist ein Mitglied des Stadtrats bei einer Beschlussfassung abwesend, so ist dies besonders zu vermerken.

- (3) Neben der Sitzungsniederschrift werden fortlaufende Anwesenheitslisten geführt.
- (4) Zur Erleichterung der Protokollführung wird ein Tonaufzeichnungsgerät benutzt. Die Benützung der bespielten Tonträger ist auf den genannten dienstlichen Zweck beschränkt; nach Genehmigung der Niederschrift sind die Tonträger jeweils zu löschen bzw. zu vernichten.
- (5) Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).
- (6) Der Entwurf der Niederschrift des öffentlichen Teils sowie des nichtöffentlichen Teils (mit Ausnahme von Tagesordnungspunkten zu Personalangelegenheiten) der letzten Stadtratssitzung wird mit der Einladung zur Folgesitzung des Stadtrates im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

§ 33

Einsichtnahme und Abschrifterteilung

- (1) In die Niederschriften über öffentliche Sitzungen können alle Stadtbürger Einsicht nehmen; dasselbe gilt für auswärts wohnende Personen hinsichtlich ihres Grundbesitzes oder ihrer gewerblichen Niederlassungen im Stadtgebiet (Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO).
- (2) Stadtratsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 i. V. m. Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO).
- (3) Niederschriften über öffentliche Sitzungen können den Stadtratsmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.
- (4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Niederschriften früherer Wahlzeiten.
- (5) In Rechnungsprüfungsangelegenheiten können die Stadtratsmitglieder jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen (Art. 102 Abs. 4 GO); Abschriften werden nicht erteilt.

V. Geschäftsgang der Ausschüsse

§ 34

Anwendbare Bestimmungen

Für den Geschäftsgang der Ausschüsse gelten die §§ 18 – 33 sinngemäß.

VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen

§ 35

Art der Bekanntmachung

Satzungen und Verordnungen werden durch Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt amtlich bekannt gemacht.

C. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 36

Änderung der Geschäftsordnung

Vorstehende Geschäftsordnung kann durch Beschluss des Stadtrats geändert werden.

§ 37

Verteilung der Geschäftsordnung

Jedem Mitglied des Stadtrats ist ein Abdruck dieser Geschäftsordnung auszuhändigen. Im Übrigen liegt die Geschäftsordnung zur allgemeinen Einsicht in der Stadtverwaltung auf.

§ 38

In-Kraft-Treten

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Amberg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 26.07.2000 außer Kraft.

II.

Die Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stat Amberg vom 26.10.2020 liegt nach Bekanntmachung zur allgemeinen Einsicht in der Stadtverwaltung auf.

Lfd. Nr.	Änd. vom	Beschluss genehmigt mit RS vom	Amtsblatt Nr. vom	geänderte- Paragrafen	Art der Änderung	in Kraft getreten am
-------------	-------------	--------------------------------------	----------------------	--------------------------	---------------------	-------------------------

1